

## Tagesordnung

1. Mitteilungen
2. Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH (SBF); Tätigkeitsbericht – Jahresabschluss 2007
3. Ständiger Mobilitätsausschuss Vorarlberg / Liechtenstein / St. Gallen / Baden-Württemberg
4. Multifunktionsstrecke für BMX, Mountainbike und Motocross
5. Feldkirch – Stadt der „kurzen Wege“
6. Gratis-Müllsäcke für Neugeborene
7. Fördervertrag Kanal-Neubau BA 60
8. Umwidmung und Auflassung von Teilflächen als Gemeindestraßen
9. Grundstücksangelegenheiten
10. Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung der Stadtvertretung vom 04.03.2008
11. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Folgende Änderungen der Tagesordnung werden bekanntgegeben: Von der Tagesordnung abgesetzt werden: Top 3. „Ständiger Mobilitätsausschuss Vorarlberg / Liechtenstein / St. Gallen / Baden Württemberg“ sowie Top 8.a) „Umwidmung und Auflassung von Teilflächen als Gemeindestraße“. Ein zusätzlicher Tagesordnungspunkt der SPÖ zum Thema „Fußball Europameisterschaft Publik Viewing“ wird eingebracht. Gegen die abgeänderte bzw. erweiterte Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

### 1. Mitteilungen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt folgendes zur Kenntnis:

- a) Beantwortung der Anfrage gemäß § 38 Abs. 4 GG von STV Daniel Allgäuer in der Sitzung der Stadtvertretung vom 04.03.2008 zum Thema Hochwasserschutzprojekt Rückhalteweiher Egelsee – Rieddrainagen (Antwortschreiben vom 01.04.2008)

STV Allgäuer berichtet, er habe bei der letzten Sitzung der Stadtvertretung auch die Frage betreffend der Verwertung des Torfmaterials angesprochen, wobei gesagt worden sei, dass es keine wirtschaftlich verwertbare Möglichkeit gebe, sondern der Torf deponiert werden müsse. Er möchte wissen, ob dies noch immer so sei, oder ob es inzwischen neue Erkenntnisse gebe.

b) Der Stadtrat hat folgende Verfügung gemäß § 60 Abs. 3 GG getroffen, die nach § 60 Abs. 4 GG zur Kenntnis gebracht wird:

Die Stadtwerke können durch den Verkauf der Stromproduktion der Kraftwerke Mühletorplatz und Hochwuh am freien Markt einen Mehrerlös gegenüber einer Einspeisung an die ÖKO-Bilanzgruppe erzielen. Der Börsenparameter „Future Baseload 2011“ befindet sich derzeit auf einem sehr hohen Niveau. Deshalb hat die Geschäftsleitung der Stadtwerke ersucht, autorisiert zu werden, die Eigenerzeugung vom Zeitraum 1.1. bis 31.12.2011 entsprechend einem vorliegenden Angebot der VKW zu einem günstigen Zeitpunkt, das heißt sobald und solange der durchschnittliche Angebotspreis 66 Euro pro Megawattstunde oder mehr beträgt, an diese zu verkaufen. Diese Ermächtigung wurde vom Stadtrat in der Sitzung am 5.5. im Dringlichkeitswege erteilt. Am 9.5. hat der Geschäftsführer der Stadtwerke, Dr. Manfred Trefalt mitgeteilt, dass die Stadtwerke ihre Eigenerzeugung des Jahres 2011 an die VKW verkauft haben und zwar zu einem Durchschnittserlös von 68,82 je Megawattstunde.

2. Senioren-Betreuung Feldkirch Gesellschaft mbH (SBF); Tätigkeitsbericht – Jahresabschluss 2007

STR Dr. Schöbi-Fink bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Tätigkeitsbericht und Jahresabschluss 2007 der Senioren-Betreuung Feldkirch GmbH wird zur Kenntnis genommen.**

3. Ständiger Mobilitätsausschuss Vorarlberg / Liechtenstein / St. Gallen / Baden-Württemberg

Der Tagesordnungspunkt ist abgesetzt.

4. Multifunktionsstrecke für BMX, Mountainbike und Motocross

STV Rietzler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Ing. Kuntner stellt fest, man würde dem Antrag problemlos zustimmen, wenn der Teil des Motocrosssportes nicht enthalten wäre. Motocross in dieser Form zu fördern, finde seine Fraktion absolut nicht zeitgemäß, und wäre ein Signal, welches falsch verstanden werden könnte. Er glaube nicht, dass es heutzutage Sinn mache, Motorsport und auch Motorsportveranstaltungen zu fördern. Er wiederhole nochmals, sofern der Motocrossbereich ausgenommen werde, könne die Zustimmung seiner Fraktion erfolgen, andernfalls nicht.

Vizebürgermeisterin Burtscher erklärt, es gebe in Feldkirch einige Vereine, welche die Interessen dieser Sportarten wahrnehmen würden und auch schon seit längerer Zeit auf der Suche nach geeigneten Trainingsmöglichkeiten seien. Es sei bekannt, dass für diese Sportarten bzw. Trainingsmöglichkeiten ein sehr großer Platzbedarf benötigt

werde und bis jetzt sei es nicht gelungen, entsprechende Flächen in Feldkirch zu finden. Einmal müsse die Eignung in Betracht gezogen werden, außerdem müsse auch Bedacht auf die Anrainer genommen werden, um Konflikte zu vermeiden. Dies bedeute aber nicht, dass es vielleicht noch andere Möglichkeiten gebe und ihre Fraktion habe nichts dagegen, einer weiteren Überprüfung dieser Möglichkeiten zuzustimmen, wobei sie persönlich auch diese Bedenken habe was Motocross anbelange, vor allem in Zeiten der sanften Mobilität. Unabhängig davon sei sie der Meinung, wenn Standorte in Erwägung gezogen werden könnten, diese auch im Ausschuss zu präsentieren und zu überprüfen. Sie nehme nicht an, dass die Antragsteller „Anträge nur ins Blaue stellen“ würden, sondern auch konkrete Vorstellungen hätten.

STV Allgäuer meint, auch seine Fraktion sei der Meinung, diesen Antrag dem Ausschuss zuzuweisen. Man müsse froh sein um jeden Jugendlichen, der eine Sportart ausübe. Eine Frage stelle sich jedoch, nämlich ob Mountainbike und Motorcross grundsätzlich auf der selben Strecke kombinierbar sei. Ein anderes Thema sei Lärmbelästigung und Umweltschutz. Sinnvoll wäre eventuell auch ein gemeindeübergreifendes Projekt. Er sei immer schon ein Befürworter der Sportart Motocross, auch in Feldkirch, gewesen. Mit dem Argument Umweltschutz hätten schon sehr hohe Würdenträger in diesem Hause dagegen argumentiert, wobei man dann auch das Feldkirch Festival und die Bregenzer Festspiele absagen müsste, da die Gäste sowohl mit Flugzeug als auch mit Autos anreisen. Es handle sich hier um ein Projekt für Jugendliche und er finde das prinzipiell als sinnvoll.

STR DI Schwarz erklärt, es sei ein falsches Zeichen, in Zeiten des Klimawandels Motocross als Jugendsport zu favorisieren. Jugendsport sei sehr wichtig, bezogen auf körperliche Betätigung und dementsprechende Leistungsbeurteilung, aber nicht in Form von Gas geben und Rennsport.

STV Rietzler betont, die Feststellung von Feldkirch Blüht, dass diese Sportart nichts für Jugendliche sei, könne man so nicht gelten lassen. Jede Sportart, vor allem Mountainbike Cross Country, BMX und auch Motocross fördere den Gleichgewichtssinn von Jugendlichen, die Koordination, Geschicklichkeit usw. Dies seien alles Sportarten, mit welchen schon sehr früh begonnen werden müsse, um darin wirklich gut zu werden. Er komme aus Bludenz, wo es eine BMX-Strecke gebe und die Leute, welche früh angefangen hätten zu trainieren, hätten dementsprechend auch Erfolge in dieser Sportart erzielt. In Feldkirch sei das Problem Mountainbike-Cross Country. Es seien zwar Strecken vorhanden, welche auch befahrbar seien, aber es handle sich um Fußwege, welche natürlich für Spaziergänger zugänglich seien. Auch mit Motocross sei es problematisch. Sämtliche Personen in den Motocrossvereinen müssten in die Schweiz, nach Italien oder nach Möggers ausweichen. Und diese würden auch schon im Jugendalter bzw. noch viel früher, nämlich in der Volksschule, mit dieser Sportart beginnen.

STVE Thalhammer meint, vielleicht bestünde die Möglichkeit, diesen Antrag in 4a) Radsport und 4b) Motocross aufzuteilen, damit man in diesem Fall 4a) zustimmen könnte. Wenn man an einem Sonntag im Ried spazieren gehe, erlebe man immer wieder Jugendliche, welche trotz Verbot Motocross fahren würden. Es handle sich um junge Leute, die es „halt zwischendurch ausprobieren“ und sei auch in Ordnung, aber

der Lärm sei vom Schellenberg bis in die Letze hinauf zu hören. Ihre Fraktion könne diesem Antrag nicht zustimmen, außer man splitte diesen, wobei beim Thema Radsport zugestimmt werden könnte.

STV Himmer bemerkt, diesem Antrag gesamt zuzustimmen sei unmöglich. Jede Sportart benötige eine komplett andere Streckenführung. Man müsste hier drei oder vier verschiedene Strecken definieren und nicht eine Multifunktionsstrecke.

STV Rietzler erwidert, dass er dieses Argument nicht gelten lassen könne. Er sei früher selbst Mountainbikerennen gefahren und eine Mountainbike Cross Country Strecke sei sehr wohl vergleichbar mit einer Crossstrecke. Er sei selbst auch am Montikel gefahren mit einer leicht abgeänderten Streckenführung, aber es sei sehr gut möglich, dem selben Streckenverlauf zu folgen, wie dies die Motocrossfahrer tun würden. Der Unterschied bestehe darin, dass der Motocrossfahrer bedingt durch seine PS hochfahre, wobei der Mountainbiker dann absteige. Die Trainingsstrecke für BMX benötige so wenig Platz im Gegensatz zur Cross Country Strecke und Motocross, dass sich dies sehr leicht integrieren lasse mit einem anderen Streckenverlauf.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen von Feldkirch Blüht folgenden Beschluss:

**Überprüfung möglicher Standorte für eine Multifunktionstrainingsstrecke für die Sportarten BMX, Mountainbike und Motocross. Präsentation der Ergebnisse im Sportausschuss.**

5. Feldkirch – Stadt der „kurzen Wege“

STV Rietzler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Furtenbach meint, dieser Antrag der SPÖ sei in zwei Punkten etwas missverständlich formuliert. Pflegebedürftigkeit werde ständig mit WindelträgerInnen und Inkontinenz in Verbindung gebracht. Sehr viele pflegebedürftige Menschen seien weder inkontinent, noch würden sie Windeln tragen. Es handle sich nicht nur um Gratis-Müllsäcke, welche die Stadt Feldkirch zur Verfügung stelle, es gehe auch um Pflegemittel oder Verbandsmaterial. Derzeit würden diese Anträge von den Ärzten und Krankenschwestern bewilligt und können bei der Stadt Feldkirch abgegeben werden. Missverständlich sei der Antrag auch, wenn er sich „die Stadt der kurzen Wege“ nenne. Bauhof und Bürgerservice sei nur jeweils ein Ort, an dem Müllsäcke bezogen werden können. Ihres Wissens gebe es noch fünf weitere Stellen. Inwiefern es dem ganz verständlichen Bedürfnis und Anspruch nach Anonymität entspreche, wenn in Lebensmittelgeschäften AntragstellerInnen diese Anträge abholen und mit den VerkäuferInnen abwickeln müssten, stelle sie in Frage. Wenn es allerdings darum gehe, Verbesserungsvorschläge im Sinne auch „kurzer Wege“ zu erreichen, wenn dies für bedürftige Menschen eine Erleichterung in der Antragsabwicklung bedeute, stimme man der Weiterverweisung dieses Antrages in den Sozialausschuss zu.

STR Dr. Albrecht erklärt, bei diesem Antrag gehe es um die Information der Bürger, welche Begünstigungen die Stadt Feldkirch überhaupt gewährt. Dies werde meistens in der Stadtvertretung einstimmig beschlossen, der Bürger aber nicht informiert. Als Beispiel habe man den pflegebedürftigen Menschen genommen, welcher nicht wisse, ob und welche Vergünstigungen er habe. Der Bürger sollte durch die Pressestelle der Stadt Feldkirch darauf hingewiesen werden, was zu tun sei. Desweiteren soll auch darauf hingewiesen werden, wo er zB diese Müllsäcke abholen kann, ohne in den Bauhof oder das Bürgerservice gehen zu müssen.

STR Dr. Schöbi-Fink meint, etwas wesentliches sei schon durch Frau STV Furtenbach gesagt worden. Es sei nicht so, dass die pflegebedürftigen Menschen das nicht erfahren würden. Man habe 800 pflegebedürftige Menschen, welche zuhause, vor allem von Krankenschwestern der Hauskrankenpflege betreut würden. Die Krankenschwestern würden sich darum kümmern, dass diese Menschen auch ihre Gratis-Müllsäcke erhalten würden. Sie helfen nicht nur bei der Antragstellung, bestätigen nicht nur den Bedarf, sondern würden tatsächlich mithelfen, dass diese Personen auch die Müllsäcke erhalten, ohne dabei persönlich in das Bürgerservice kommen zu müssen. Desweiteren sei eine Gratisnummer installiert und auch beworben worden, welche seit Dezember 2007 als Pflegehotline eingesetzt sei; vorher unter „Wir kümmern uns“. Über diese Nummer erhalte jeder, anonym oder nicht, jede Auskunft und Information über zB dieses wirklich sehr unglücklich gewählte Beispiel des pflegebedürftigen Menschen. Sie glaube behaupten zu können, dass es hier keinen Informationsnotstand gebe. Zudem gebe es regelmäßig Broschüren, in denen sehrwohl alles aufgelistet sei, was es an Förderungen zu dieser Zielgruppe gebe, wenn man beim pflegebedürftigen Menschen bleiben wolle. Diese Broschüre werde nach Hause gesendet oder könne im Bürgerservice bezogen werden. Sie frage, was es für einen Sinn mache, alle Menschen über alle Förderungen zu informieren. Der Bürger wolle sich konkret informieren, und zwar dann, wenn er betroffen sei. Dies sei aber nicht nur mit einem Antrag getan. Sehr viel wichtiger sei es, einen kompetenten Menschen gegenüber zu haben, welcher darüber informiert, welche Möglichkeit einer Förderung besteht, und auch für eine rasche Auszahlung Sorge. Ein Antragsformular, ob anonym oder nicht, nütze meistens gar nichts. Anonymer bzw. diskreter und direkter als es das Bürgerservice leiste, sowohl persönlich als auch durch die erwähnte Telefonhotline – sie könne sich keinen besseren Weg vorstellen. Es sei nicht die Arbeit der Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung zu informieren, sondern nur zu einem kleinen Teil, zB durch Bewerbung der Pflegehotline. Viel wichtiger sei, dass Menschen wissen, an wen sie sich wenden können und hier reiche eine zentrale Stelle, eine Telefonnummer, bzw. Menschen, welche vor Ort seien und beraten.

Sie wolle noch eine persönliche Anmerkung zu diesem Antrag machen. Sie finde es „schon stark“, wenn man behinderte Menschen mit Windelträgern gleichsetze. Desweiteren – vielleicht erscheine sie hier kleinlich – sei es Tatsache, dass in dem vorliegenden Antrag 20 Rechtschreib- und Grammatikfehler enthalten seien. Sie frage sich deshalb, ob dieser Antrag überhaupt von jemandem durchgelesen worden sei, oder die Fraktion den Antrag beraten habe. Sie könne sich das nicht vorstellen, denn dann hätte man zumindest die grössten Fehler ausbessern können. Sie komme sich als nicht ganz ernst genommen vor. Man sei das höchste Gremium der Stadt Feldkirch und

müsse sich mit einem Antrag auseinandersetzen, der nicht nur inhaltlich, sondern auch von der Form her unfertig sei.

STV Furtenbach stellt fest, diesen Hinweis auf Rechtschreibfehler oder die Form der Antragstellung halte sie generell für unpassend. Die StadtvertreterInnen seien Vertreter und Vertreterinnen der Bevölkerung und es gehe in erster Linie nicht darum, wie jemand den Antrag stelle, oder ob da Beistrich-, Rechtschreib-, oder Groß- oder Kleinschreibfehler enthalten seien. Hier sollen und dürfen Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten sitzen die – wie auch immer – Anträge stellen können.

STV Rietzler erklärt, es gebe pflegebedürftige Menschen, welche zwar inkontinent seien, aber noch nicht in dem Sinn pflegebedürftig, dass sie in eine Pflegestufe eingestuft seien. Genauso gebe es aber auch Menschen mit Behinderung, die auf Windeln zurückgreifen müssen. Dies bedeute aber nicht, dass ein Behinderter mit einem Windelträger gleichgesetzt werde. Eine Pflegehotline komme nur dann bei der Bevölkerung an, wenn diese auch bekannt sei. Er kenne auch einzelne Fälle, dass Leute sich gar nicht trauen würden zu sagen, dass sie etwas benötigen. Es gehe aber nicht nur ausschließlich um pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderung. So habe zB ein Pensionist Anspruch auf Vergünstigung beim Bezug einer Bäderkarte. Diese erhalte man schlussendlich im KKF, 2. Stock, man werde aber noch an die WTG verwiesen wo es laute; „einschweissen lassen müssen Sie es im Waldbad“. Er frage sich, wo hier die kurzen Wege seien. Allein schon herauszufinden, wo es diese Karte gebe, dann Tourismusbüro, abholen, stempeln lassen usw. Dies seien Fälle, welche passiert seien, sonst hätte seine Fraktion diesen Antrag nicht gestellt.

STV Dr. Nussbaumer meint, es sei schon sehr viel gesagt worden. Sie habe Schwierigkeiten mit der Begründung dieses Antrages. Menschen, egal ob sie eine Behinderung hätten oder pflegebedürftig seien – wenn sie unter Inkontinenz leiden würden, seien sie so schwer krank oder pflegebedürftig, dass sie entweder mit einem Krankenpflegeverein, mit dem Mobilien Hilfsdienst oder mit Ärzten oder Krankenschwestern in Verbindung getreten seien. Und dann seien sie auf alle Fälle über solche Dinge informiert. Sie sei ganz sicher, dass die Hemmschwelle beim Bauhof nachzufragen viel größer sei, als einen Antrag beim Bürgerservice zu stellen. Sie glaube, die Regelung wie bisher sei richtig so.

STR Dr. Albrecht erklärt, auf die Idee diesen Antrag zu stellen, seien sie durch Heimo Grassl gekommen, der täglich mit den Pensionisten eine Wanderung unternehme. Zufällig hätten sie sich über dieses Thema unterhalten und festgestellt, dass keiner Informationen gehabt habe, obwohl jeder zweite einen Pflegefall zuhause habe. Man rufe nicht im Bürgerservice an um zu fragen, was die Stadt hier vorsehe. Man rufe nur dann an, wenn man informiert darüber sei.

STR Dr. Lener betont, sie sei für Pflgethemen nicht zuständig und wolle auch ein wenig von diesem Thema wegkommen. Es gehe aber schon darum, wie ein Antrag formuliert werde, sodass die Stadtvertretung dann schlussendlich in der Lage sei, darüber abzustimmen. Im konkreten Fall – wenn sie das richtig lese – gehe es unter anderem auch darum, die Bekanntheit von Förderungen grundsätzlich zu überprüfen. Feldkirch

fördere jährlich 3000 Personen, Vereine oder Institutionen mit einem Betrag von rund 1,6 Mio Euro. Dies seien Zahlen aus dem Rechnungsabschluss und bekannt. Es würden 571 Heizkostenzuschussanträge entgegengenommen, 460 davon dann vom Land ausbezahlt, aber von der Stadt bearbeitet. Es würden 1.862 Anträge in Feldkirch aus dem Bereich Wohnbauförderung behandelt und an rund 100 Personen, Kranke und Behinderte, Gratis-Müllsäcke ausgegeben, was einem Wert von rund 11.000 Euro entspreche. 140 Personen erhielten eine Unterstützung vom Hilfswerk der Stadt Feldkirch und rund 200 Kinder eine Ermäßigung für Betreuungsgelder, wenn die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten entsprechend ansuchen würden. Es habe 100 Personen gegeben, welche einen Zuschuss zur Errichtung von Solaranlagen jährlich erhalten hätten und 10 Personen denen ein Zuschuss für Biomasse-Heizanlagen gewährt worden sei. Insgesamt seien dies hochgerechnet mehr als 3.280 Personen, dies sei ungefähr 1/10 der Feldkircher Bevölkerung, welche jährlich einen Antrag auf Förderung stellen würden. In der Praxis werde dies über das Bürgerservice abgewickelt, wobei sich diese Einrichtung sehr bewährt habe. Die MitarbeiterInnen im Bürgerservice seien kompetent, die Einrichtung bekannt und Bürger würden auch jeweils weiterverwiesen. Man prüfe derzeit die Aufnahme möglichst vieler dieser Förderungs- und Unterstützungsmöglichkeiten in den Jahreskalender 2008 und auch in die Homepage. Insgesamt aber würden die Zahlen für sich sprechen. Die SPÖ unterschätze ihre Wähler und hielten sie für dumm, was sie sehr traurig finde.

STV Rietzler meint, gerade beim Heizkostenzuschuss sei aufgrund der Mehrinformation durch die Medien die Nachfrage gestiegen, somit also mit Bekanntwerden dieser angebotenen Leistung. Was koste es die Stadt Feldkirch ein Zeitungsinserat zu schalten, wo diese Vergünstigungen bekannt gemacht werden könnten.

STR Dr. Albrecht erklärt, die Leistungsbilanz, welche Frau STR Dr. Lener aufgezählt habe, sei ein Kompliment an die Stadt Feldkirch. Dies widerspreche diesem Antrag in keinsten Weise. Was man wolle sei die Information der Bürger über alle Förderungen, welche die Stadt Feldkirch bzw. die Stadtvertretung beschließe. Wenn zB 150 Personen eine Förderung erhalten hätten, bedeute dies noch lange nicht, dass nur 150 Personen dies gebraucht hätten. Es könnten genau so gut viel mehr sein. Seine Fraktion sei von dem Beispiel ausgegangen, über welches Heimo Grassl berichtet habe. Dies sei der eigentliche Grund gewesen diesen Antrag zu stellen.

### **Der Antrag erhält mit den Stimmen der SPÖ, Die Grünen – Feldkirch Blüht und der FPÖ keine Mehrheit.**

#### 6. Gratis-Müllsäcke für Neugeborene

STR Dr. Albrecht bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Furtenbach meint, es schaue so aus, als ob die Windelproblematik ein zentrales Thema dieser Stadtvertretungssitzung sei. Generell sei von Seiten ihrer Fraktion zu diesem Antrag zu sagen, dass ein falsches Signal damit gesetzt werde. Gratis-Müllsäcke anzubieten für mehr Wegwerfwindeln sei ein Zeichen in die falsche Richtung. Grundsätzlich sei ihre Fraktion dafür, Eltern von Kleinkindern bzw. Neugeborenen, welche

in dieser Zeit „Müll der besonderen Art“ produzieren würden, zu unterstützen und zu fördern. Es gebe aber inzwischen andere Modelle, wie zB den sogenannten Windelscheck, den die Stadt Graz anbiete. Die Stadt Graz fördere junge Eltern insofern, dass der Gebrauch von wiederverwertbaren Windeln unterstützt werde. Vielleicht gebe es noch andere Möglichkeiten oder Methoden, ein Signal in eine andere Richtung zu setzen und zwar im Sinne umweltbewussten Handelns auch in dieser sogenannten „Windelphase“, wie dies im Antrag beschrieben sei. Grundsätzlich sei man gerne bereit, im Sozialausschuss nochmals darüber zu diskutieren, allerdings unter Berücksichtigung dessen, dass es andere Modelle gebe, welche diesen Aspekt berücksichtigen würden.

STR Dr. Schöbi-Fink stellt fest, Müllvermeidung sei ein Grund gewesen, in diesem Babypaket, welches es rückwirkend ab 1.1.2008 gebe und erst jetzt zur Verfügung stehe, nicht unbegrenzt Müllsäcke zur Verfügung zu stellen. Es gebe eine Rolle Gratis-Müllsäcke, wobei aber auch wählbar sei, zB die Unterstützung durch eine Familienhelferin zum gleichen Wert, oder eine Babymassage. Man lasse es den Eltern frei, um nicht das Signal auszusenden, dass es egal sei, wie viel Müll produziert werde. Man wolle einfach nur unterstützen. Über den restlichen Inhalt müsse sie nicht referieren, das habe man im Sozialausschuss bereits diskutiert. Man habe über Gratis-Müllsäcke für Babys bis 1 ½ oder zwei Jahren gesprochen. Solch ein Antrag sei nie gestellt, diskutiert oder jemandem empfohlen worden. Dieser Antrag, wie er hier vorliege, habe eine Vorgeschichte, zu lesen gewesen im Feldkirch Anzeiger. Sie betone nochmals, dass so ein Antrag in dieser Form nie gestellt, oder darüber diskutiert worden sei, somit auch nicht beschlossen. Über diesen Antrag nochmals im Sozialausschuss zu diskutieren wolle sie nicht mehr, habe derzeit auch keinen Sinn. Sinnvoll sei allerdings die Anregung von Ulli Furtenbach im Sozialausschuss gewesen, nach einem Jahr Geburtenpaket Bilanz zu ziehen und zu schauen, welche Bedürfnisse abgedeckt worden seien, bzw. was gut oder weniger gut angekommen sei. Dieses Babypaket habe den Vorteil, dass der Inhalt auch verändert werden könne.

STV Furtenbach erklärt, dem vorliegenden Antrag „mehr Müllsäcke zur Verfügung zu stellen“ könne ihre Fraktion nicht zustimmen. Wenn die SPÖ Bereitschaft zeige sich zu überlegen, ob es noch andere Unterstützungsmöglichkeiten gebe, würde man dem Antrag die Zustimmung erteilen.

STV Rietzler meint, dem was Frau STV Furtenbach gesagt habe, könne man sehrwohl zustimmen, da es egal sei, in welcher Form diese Vergünstigung erfolge. Wichtig sei, dass ein Signal gesetzt werde. Wegwerfwindeln oder Windeln zum Waschen sei nicht unbedingt das Thema. Tatsache sei, dass in dieser Phase der Müllbedarf ansteige, meistens ein Elternteil nicht mehr zur Arbeit gehen könne, und somit auch weniger Geld zur Verfügung stehe. Hier soll die Stadt Feldkirch ein Zeichen setzen, Eltern zu unterstützen, welche sich dazu entschieden hätten, Kinder zu bekommen.

Vizebürgermeisterin Burtscher betont, wenn es Herrn Rietzler wirklich um das Signal gehe, soll er den Antrag zurückziehen und inhaltlich im Ausschuss diskutieren. Ein Weg, den man bis jetzt immer seriöserweise eingeschlagen habe. Im Ausschuss umfangreich zu diskutieren, sich zu einigen oder zumindest eine Empfehlung auszuspre-



chen. Man habe vor kurzem ein Babypaket finalisiert und ausgegeben – dies sei ein Signal. Man habe ein Audit familienfreundliche Gemeinde, wo sehr viele dieser Maßnahmen diskutiert worden seien und Signale nach Außen gegeben würden. Diese Gratis-Müllsäcke in dieser Form sei wahrscheinlich eine Korrektur zu dieser falschen SPÖ-Aussendung. Als etwas anderes könne sie es nicht bewerten. Sie sehe nicht ein, dass man Einzelmaßnahmen hier in der Stadtvertretung diskutieren soll.

STV Rietzler meint, genau dieser Punkt sei im Antrag enthalten, nämlich die Zuweisung des Antrages in den Ausschuss, um darüber zu diskutieren. Am liebsten wäre es ihm, das ganze Thema aus dem Pflege- oder Geburtenpaket herauszulösen und den Antrag separat zu behandeln. Wahrscheinlich gebe es unterschiedliche Auffassungen und Wahrnehmungen von Schwarz und Rot. Allerdings sei es von Interesse, diesen Antrag dem Ausschuss zuzuweisen und sich nochmals zu überlegen, wie eine Entlastung aussehen könnte, oder ob ein schwarzer Tragekorb genug sei.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, STV Rietzler treffe die Sache auf den Punkt, denn es gebe unterschiedliche Wahrnehmungen. Tatsächlich meine er, und da nehme er jetzt auch die Wortmelung über die Zulässigkeit solcher Qualitätskriterien in der Stadtvertretung zum Anlass, dass man sich angewöhnen sollte, zwischen einer Ausschussberatung und einer Stadtvertretungsdiskussion zu unterscheiden. Dies seien Diskussionselemente, welche eindeutig nicht in die Stadtvertretung gehören, sondern Sache des Ausschusses seien. Gelegenheit zu diesem Thema in allen Details ausführlich zu diskutieren, habe zur Genüge bestanden. Die Vorbereitungen für dieses Neugeborenenpaket als Förderungsmaßnahme sei seit Monaten gelaufen und sei seit Monaten im Sozialausschuss zwischen allen Parteien abgestimmt und letztlich auch einvernehmlich gut geheißen worden. Deshalb bitte er, diese Dinge auch wieder dort hin zur Diskussion zu bringen, wo sie hingehören, nämlich in den entsprechenden Ausschuss.

STV Rietzler meint, es habe zwei Sozialausschusssitzungen gegeben. In der ersten habe man das Geburtenpaket in das Budget hineinreklamiert. Da sei der ganze Inhalt noch nicht klar gewesen und noch nicht alles beredet, sonst hätte seine Fraktion das ganz anders gemacht. Dies seien wahrscheinlich wieder die unterschiedlichen Wahrnehmungen. Zur zweiten Behandlung im Sozialausschuss müsse er sagen, wenn man unter Mitteilungen dieses Thema behandle, könne man weder etwas einbringen, darüber abstimmen oder abschließen. Man könne höchstens darüber reden und dann sei es so.

Bürgermeister Mag. Berchtold betont, STV Rietzler habe einen schlampigen Umgang mit der Wahrheit. Die Dinge in Bezug auf das Geburtenpaket seien sehr seriös vorbereitet worden. Dann in der Öffentlichkeit zu behaupten, dass das Geburtenpaket bzw. die Gratis-Windeln auf Antrag der SPÖ im Sozialausschuss beantragt worden seien, sei ganz einfach die Unwahrheit. Spätestens dann sollte man zumindest die Größe haben, die Dinge auch so richtig zu stellen, wie man sie selber im Ausschuss mitgetragen habe. Dies würde er sich wünschen, weil das sei das geringste was man an Erwartung an einen Stadtvertreter stellen dürfe.

STV Rietzler meint, diese Angriffsfläche in dieser Form werde es sicher nicht mehr geben.

STV Allgäuer erklärt, für ihn seien die Argumente der ÖVP schlagend und auch in Ordnung. Trotzdem habe jeder das Recht sich zu melden. Das habe man beim vorherigen Tagesordnungspunkt auch gehört. Er habe die Rechtschreibfehler im Text auch bemerkt, dies müsse man einander aber nicht auf der Stadtvertretungssitzung vorwerfen. Hier solle man über andere Sachen diskutieren und er sei jetzt dafür, über den Antrag abzustimmen.

**Der Antrag der SPÖ erhält mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen – Feldkirch Blüht keine Mehrheit.**

STVE Thalhammer meint, es müsse noch über den Antrag von Frau STR Dr. Schöbi-Fink abgestimmt werden, wonach nach einem Jahr die Evaluierung stattfinden soll, wobei der Vorsitzende erklärt, dass diese Vorgehensweise bereits im Rahmen des Geburtenpakets vereinbart worden sei.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob trotzdem zugestimmt werde, erklärt STVE Ing. Kuntner, dass seine Fraktion dezidiert gefragt habe, ob die SPÖ dies auch erweitert sehen würde und auch Alternativmöglichkeiten bestünden. Dies sei eindeutig befürwortet worden und deshalb stimme man dem auch zu. Er bitte, dies auch ausdrücklich im Protokoll festzuhalten.

7. Fördervertrag Kanal-Neubau BA 60

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die vorbehaltlose Annahme des Förderungsvertrages für das Detailprojekt Blasenberggasse/Liechtensteiner Strasse, Bauabschnitt 60, Antrags-Nr. A 800215 zwischen dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft als Förderungsgeber, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH., 1092 Wien, einerseits und der Stadt Feldkirch andererseits wird genehmigt.**

8. Umwidmung und Auflassung von Teilflächen als Gemeindestraßen

Der Tagesordnungspunkt 8a) „Änderung des Flächenwidmungsplanes und Auflassung einer Teilfläche aus der Gemeindestraße (Liechtensteinerstraße)“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**1. Die Stadt Feldkirch stimmt der Auflassung der Teilfläche aus GST-NR 5425 von 33 m<sup>2</sup> der Gemeindestraße Kalkofa laut Planbeilage zu.**

**2. Verordnung  
der Stadtvertretung vom 13.05.2008 betreffend die Auflassung von  
Straßenstücken.**

**Aufgrund § 9 Abs. 6 Straßengesetz, LGBI. Nr. 8/1969 idF 3/2003,  
wird verordnet:**

**§ 1**

**Eine Teilfläche der GST-NR 5425 der Gemeindestraße Kalkofa, KG  
Altenstadt, die eine Fläche von 33 m<sup>2</sup> aufweist, wird so wie in der  
Planbeilage ersichtlich als Gemeindestraße aufgelassen.**

**§ 2**

**Diese Verordnung tritt mit dem auf ihre Kundmachung folgenden  
Tag in Kraft.**

9. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**a) Die Stadt Feldkirch als Grundeigentümerin des GST-NR 1466 vor-  
kommend in EZ 354 Grundbuch 92125 Tosters räumt für sich und ih-  
re Rechtsnachfolger unentgeltlich eine bis 31. März 2038 befristete  
Dienstbarkeit für die Errichtung, die Erhaltung und des Zuganges für  
die Station 7 des Vaterunser-Weges auf GST-NR 1466 ein.  
Im Übrigen erfolgt die Rechtseinräumung zu den im Antrag genann-  
ten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**b) Die Stadt Feldkirch schreibt eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 30 m<sup>2</sup>  
aus GST-NR 3874/2 vorkommend in EZ 739 Grundbuch 92102 Al-  
tenstadt zur Schaffung eines Fuß- und Radweges ab und es erfolgt  
eine Zuschreibung der Teilfläche zum GST-NR 5988 vorkommend in  
EZ 1087 (Aufschrift Gemeindestraße) Grundbuch 92102 Altenstadt  
im Eigentum der Stadt Feldkirch.  
Die Stadt Feldkirch übernimmt den jeweiligen ¼-Anteil am GST-NR**

**2445/53** vorkommend in **EZ 2103 Grundbuch 92102 Altenstadt** mit einem Ausmaß von **1.334 m<sup>2</sup>** von **DI Helmut Scherrer, Flurgasse 48, 6800 Feldkirch-Gisingen** und **Dr. Martin Scherrer, Flurgasse 4, 6800 Feldkirch-Gisingen**, sodass sie **Alleineigentümerin** dieser Liegenschaft wird im Tausch gegen eine Teilfläche im Ausmaß von ca. **1.114 m<sup>2</sup>** aus **GST-NR 3874/2** vorkommend in **EZ 739 Grundbuch 92102 Altenstadt**. Im Zuge des Tausches werden die Brüder Scherrer eine **Re-anteilung** vornehmen, sodass jeder für sich ein eigenes Grundstück erhält. Die Stadt Feldkirch erhält von **DI Helmut Scherrer** und **Dr. Martin Scherrer** insgesamt eine **Wertausgleichszahlung** in Höhe von rd. **€ 147.967,--** (Basis **GST-NR 2445/53 = € 179,--/m<sup>2</sup>**; **GST-NR 3874/2 = € 240,--/m<sup>2</sup>**).

**Im Übrigen erfolgt das Rechtsgeschäft zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- c) Die Stadt Feldkirch erwirbt von Heinrich Baumgartner, CH-9450 Altstätten, Mühlackerweg 19, das GST-NR 3079 mit 1.413 m<sup>2</sup> vorkommend in EZ 325 Grundbuch 92116 Nofels zum Preis von € 2,60 pro m<sup>2</sup> sowie zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag d) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- d) Die Stadt Feldkirch erwirbt von Christa Meusburger, wohnhaft in 2353 Guntramsdorf, Geranienweg 27, das GST-NR .82 vorkommend in EZ 63 Grundbuch 92105 Feldkirch mit einem Ausmaß von 59 m<sup>2</sup> samt dem darauf befindlichen Objekt Schmiedgasse 9 zum Pauschalpreis von € 202.000,--. Die Nebenkosten des Erwerbes gehen zu Lasten der Stadt Feldkirch. Im Übrigen gelten die im Antrag genannten und bei Verträgen dieser Art bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag e) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- e) Die Stadt Feldkirch veräußert die Wohnung Bahnhofstraße 29, TOP 63 im Ausmaß von rund 86 m<sup>2</sup> zum angebotenen Preis von 100.000 Euro zzgl. aller Nebenkosten an RZ Realitäten GmbH, Mag. Rainer Zortea, Schwarzbachweg 3, 6712 Thüringen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag f) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**f) Die Stadt Feldkirch stimmt dem vorgelegten Grundablösevertrag, abgeschlossen zwischen der Stadt Feldkirch und Toplak Günther, Runastraße 36, 6800 Feldkirch, 1/1-Anteil, betreffend GST-NR 4022/3, EZ 5439 – ca. 2 m<sup>2</sup> im Tauschwege zu den im Antrag genannten und bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen zu.**

10. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 04.03.2008

Die Niederschrift wird genehmigt.

DA Fußball EM Public Viewing

STV Rietzler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Matt erklärt, derartige Großereignisse würden auch organisatorische Schatten vorauswerfen und die Stadt Feldkirch hätte sich für ein Public Viewing schon sehr viel früher entscheiden müssen. Man benötige zB eine Lizenz um derartige Veranstaltungen durchführen zu können, wobei diese Beantragung bereits im Februar hätte erfolgen müssen. Anfang 2007 habe das Stadtmarketing in der WTG sich ausführlich mit dieser Aufgabe befasst, habe alle Daten, alle Fakten aufbereitet. Nur mit dem Wortlaut Public Viewing sei es nicht getan, man hätte mindestens eine Summe von 100.000 Euro veranschlagen müssen. In weiterer Folge habe man sich auch mit anderen Public Viewing Veranstaltern unterhalten und abgeklärt, was in Vorarlberg geboten werde. Man habe dann die Erkenntnis gewonnen, hier nicht in Konkurrenz treten zu wollen, da es vom finanziellen Einsatz und auch vom Einsatz des Rahmenprogrammes her kaum möglich gewesen wäre. So gebe es zB in Bregenz auf der Seebühne ein Public Viewing gemeinsam mit dem ZDF Studio und mit entsprechenden Stargästen. Gerade im Sinne der Vision Rheintal sei es einem Fußballfan zumutbar, derartige Veranstaltungen in Nachbarstädten zu besuchen. Auch in der Stadt Dornbirn sei ein Public Viewing in Kooperation mit dem ORF geplant, welches ebenfalls auf sehr hohem Niveau stattfinde. Das selbe gelte für Bludenz. Rund um Feldkirch gebe es Veranstaltungen zur Genüge für fußballbegeisterte Fans. Selbstverständliche stehe man zur Europameisterschaft und dies soll auch nicht spurlos vorübergehen. Diese Entscheidung und auch die Entscheidung, was anstatt einem Public Viewing in Feldkirch gemacht werde, habe man gemeinsam mit den verschiedensten Interessensgruppen erarbeitet. So sehen gerade die Wirte in diesen kleinen Marketingschritten, welche in Form von zB „FK 08 spielt anders“, umgesetzt würden, große Möglichkeiten, nicht in leeren Lokalen zu sitzen, wie dies bei der Weltmeisterschaft der Fall gewesen sei. Ein Public Viewing würde im Prinzip einen Großteil der Fußballbegeisterten an einem Punkt versammeln und sie nicht eigentlich in die Zentren oder Gasthäuser und Lokale gehen lassen. Man habe selbstverständlich die Gastwirte und Lokalbetreiber auch der

Fractionen eingeladen, sich an diesem Projekt zu beteiligen. Insgesamt würden sich 9 Gastbetriebe aktiv an FK 08 beteiligen. Parallel dazu habe man auch eine sogenannte „fußballfreie Zone“ geschaffen, welche auch entsprechend beworben werde. Somit bestünde auch für Feldkirch-Besucher die Gewähr in ein Lokal gehen zu können, in dem kein Fußball stattfindet. Dies seien die wichtigsten Beweggründe der WTG und des Stadtmarketings gewesen, zu empfehlen, auf ein Public Viewing der herkömmlichen Art zu verzichten. Er berichtet weiters, dass in Tirol die „Tirol Werbung“ für sämtliche Städte die Organisation übernommen habe und hier allein für LED-Screening in einer Größenordnung von 24 m<sup>2</sup> eine Leihgebühr von 42.000 Euro notwendig sei. Eine Überprüfung habe ergeben, dass in Feldkirch beim Gymnasiumhof eine Leinwand von 30 bis 35 m<sup>2</sup> notwendig gewesen wäre, um überhaupt richtig hinsehen zu können. Man könne sich vorstellen, welche Kosten dies nach sich ziehen würde. Deshalb die Empfehlung, dieses Public Viewing in anderer Art und Weise, nämlich bezogen auf die Stadt Feldkirch, durchzuführen.

STVE Ing. Kuntner betont, er habe durchaus viel Verständnis für Fußballbegeisterung und bei der Bevölkerung werde sicher mit Spannung die Europameisterschaft beobachtet. Laut einer letzten Umfrage könne aber 1/3 der Bevölkerung damit gar nichts anfangen und ein Teil davon fühle sich sogar belästigt. Somit könne es also nicht unbedingt Sinn und Zweck einer Stadt sein, sogar 100.000 Euro für so etwas auszugeben. Findige Touristikunternehmen würden sogar in der Zwischenzeit Alternativurlaube für geplagte Städter anbieten. Hier könnte sich zB auch Feldkirch, zumindest in der Öffentlichkeit, als fußballfreie Stadt positionieren. Prinzipiell finde er, dass alle, die mit Sportpolitik ein bisschen zu tun hätten, wissen, dass Fußball und Schifahren vor allem in Österreich überproportional gefördert würden. Ob in den Kommunen, Ländern und Dachverbänden, die beiden Sportarten stünden immer im Vordergrund. Andere, sogenannte Randsportarten, kämen im Vergleich dazu meist zu kurz. Ihm würden ein paar sinnvollere Sachen einfallen, wenn man wirklich noch Geld in die Hand nehmen wolle, und um den Sport in Feldkirch zu fördern. Zum Beispiel ein Feldkircher Sporttag, bei dem man alle Sportvereine einlädt um ihre Tätigkeit der Bevölkerung zu präsentieren. Solche Aktionen seien seiner Meinung nach sinnvoller. Da hätten die Randsportarten und kleinen Vereine wesentlich mehr davon.

STV Rietzler meint, es sei erwähnt worden, dass in der Innenstadt gewisse Lokale nicht erreichbar seien. Wenn die Veranstaltung in der Marktgasse stattfinden würde, wären diese 9 Lokale – bis auf Dogana und Rösslepark – in unmittelbarer Umgebung und auch der Ausschank könnte geregelt werden. Gerade in diesen Zeiten sei es für Wirtschaftstreibende aufgrund der finanziellen Aufwendungen sicher nicht rentabel LCD Bildschirme, auch wenn sie ein kleineres Ausmaß hätten, anzuschaffen. Deshalb habe man den Antrag gestellt, um zu klären, wie das noch geregelt werden könnte. Bei der Weltmeisterschaft habe die Möglichkeit bestanden dieses Event in der Poolbar zu verfolgen. Die Abhaltung dieser Veranstaltung hätte es auch mit sich gebracht, dass die Leute in die umliegenden Gasthäuser gegangen wären und es wäre schlussendlich finanziell sicher auch ein Gewinn für die Gaststätten gewesen.

Vizebürgermeisterin Burtscher stellt fest, STR Matt habe ausführlich dargelegt, dass man schon vor über einem Jahr diese Diskussionen geführt und alles geprüft habe,

auch die Kosten und technische Ausstattung. Sie appelliere an STV Rietzler in so einem Fall einen Antrag ein Jahr früher zu stellen und nicht erst drei Wochen bevor die Europameisterschaft beginne.

STR Matt meint, er habe sich vielleicht falsch ausgedrückt, da STV Rietzler der Meinung sei, niemand sei erreichbar. Im Gegenteil – alle Gastlokale seien gut erreichbar. Die Entscheidung FK 08 umzusetzen sei ein großer und ausschließlicher Wunsch sämtlicher Wirtestammtische. Die WTG habe sich sehr bemüht und jeden Lokalbetreiber persönlich aufgesucht. Die Wirte seien sich einig gewesen, in Feldkirch eine andere Art des Erlebens der Fußball-Europameisterschaft zu bieten.

### **Der Antrag der SPÖ erhält mit den Stimmen der SPÖ keine Mehrheit.**

11.

#### Allfälliges

STVE Thalhammer meint, den Medien sei zu entnehmen gewesen, dass es wieder Pläne und Ideen zu Wasserkraft-Neubauten gebe. Vor allem betreffe es die Leute an der Unteren Ill, wobei schon einmal Pläne „in die Schublade“ gewandert seien. Sie möchte wissen, ob es in nächster Zeit Gespräche zwischen der VKW und den Stadtwerken zu diesem Thema gebe.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, er könne dies nur stellvertretend für den zuständigen Referent STR Keckeis beantworten, der heute entschuldigt sei. Über all das, was in Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung an der Ill stattfinde, werde regelmäßig im Verwaltungsrat der Stadtwerke berichtet. Es gebe konkrete Gespräche über die Verwertung der Wasserkraft im Bereich der Unteren Ill. Tatsache sei, dass von Seiten der Stadtwerke gemeinsam mit den VKW und Illwerken Einvernehmen darüber erzielt worden sei, die Verwertung der energetischen Möglichkeiten an der Unteren Ill seriös zu überprüfen. Hier sei Kollege STR DI Schwarz genau gleich informiert wie er.

STR DI Schwarz meint, das Projekt sei noch nicht zur Diskussion gestanden.

Bürgermeister Mag. Berchtold berichtet weiters, man sei regelmäßig bei Bekanntwerden von neuen Informationen mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates zusammengesessen und habe Schritt für Schritt darüber informiert. Die Meldung in den Medien sei im Rahmen einer Serie, was für Nutzungs- oder weitere Ausbaumöglichkeiten der Wasserkraftnutzung in unserem Land bestehen, erfolgt. Im Zuge dieser Recherchen sei dann auch die Ill bzw. der Bereich der Ill im Stadtgebiet von Feldkirch Inhalt eines Artikels geworden. Es gebe ein weiteres Projekt eines Auslaufkraftwerks im Bereich Kapf. Auch dazu würden die Unterlagen laufend aktualisiert, insbesondere auch in ökonomischer Hinsicht. Es sei nach wie vor nicht so, dass sich eine Umsetzung dieser Variante schon rechnen würde.

STV Rietzler meint, da der Antrag der SPÖ „Feldkirch Stadt der kurzen Wege“ abgelehnt worden sei, bitte er um die Information über alle Vergünstigungen und Förderungen, welche die Stadt Feldkirch anbiete. Vielleicht könne man dies in einem Satz beantworten, oder evtl. auch schriftlich.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, man werde dies zum Anlass nehmen, Förderungsangebote, sowohl kommunale, aber auch Förderungsmöglichkeiten bei denen die Stadt Feldkirch Dienstleister im Sinne von Anträge entgegennehmen und bearbeiten sei, verstärkt zu kommunizieren. Dies werde wie bisher im Feldkirch aktuell möglicherweise dann in einer konzentrierten Aufmachung erfolgen.

STV Rietzler meint, dass dies somit dann über die Presse beantwortet werde, wobei Bürgermeister Mag. Berchtold betont, dass dies nicht der Fall sei, sondern er nehme dies als generelles Anliegen auf, dass man noch mehr als dies bereits über die Öffentlichkeitsarbeit geschehen sei, auf Förderungsangebote hinweise und entsprechend kommuniziere.

Bürgermeister Mag. Berchtold erklärt, im Verlauf der Sitzung seien Folder ausgeteilt worden, betreffend den „Fahr Rad Wettbewerb“. Er bitte die Mitglieder der Stadtvertretung sich nicht nur zu dieser Aktion zu bekennen, sondern auch aktiv daran teilzunehmen. Es sei nicht unwesentlich hier eine gewisse Vorbildwirkung als politischer Mandatar mitzutragen, und vor allem auch ein wenig den Ehrgeiz der zuständigen MitarbeiterInnen im Hause zu unterstützen, dass man auch landesweit, was die Beteiligungsquote anbelange, an der Spitze mitmische. Diese Aktion finde landesweit statt und sei im vergangenen Jahr erstmals in Feldkirch gestartet, also praktisch in Feldkirch erfunden worden. Deshalb nochmals die Bitte um Unterstützung in Form der Teilnahme – auch der Familienmitglieder – und Bewerbung dieser Aktion.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende